

G 20 oder der letzte Grund

von

Heiner Flassbeck

Badische Zeitung, ... April 2011

Fast unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit fand Mitte April in Washington ein Gipfel der Finanzminister der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer statt, der eine entscheidende Weichenstellung für die globale Wirtschaft einleiten könnte. Unter der Führung Frankreichs, das turnusmäßig den Vorsitz übernommen hat, stellen die Finanzminister zum ersten Mal seit 30 Jahren ernsthafte Überlegungen hinsichtlich eines neuen internationalen Währungssystems an. Die unbedarfte Art und Weise allerdings, mit der die Mehrzahl der deutschen Politiker und die deutsche Öffentlichkeit mit dieser Problematik umgeht, könnte sich noch bitter rächen.

Wenn es um Handelsverhandlungen in der Welt geht, bei der sich Deutschland erhofft, die Märkte von noch mehr Ländern könnten geöffnet werden und der deutschen Industrie neue Absatzmärkte bieten, ist das allgemeine Engagement riesig. Die Politik, die Wirtschaft, die Medien werden nicht müde darzulegen, wie viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten und wie viel Wachstum es bringen könnte, wenn eine neue Freihandelsrunde zu Ende gebracht werden könnte.

Beim Währungssystem ist das anders. Was kümmert es uns, wenn die brasilianische, die türkische oder die südafrikanische Währung ungerechtfertigt aufwerten, weil die internationale Spekulation mit Währungen sich dort eine goldene Nase verdient. Das einzige, was den deutschen Stammtisch noch erregen kann, sind die Chinesen, die ihren Wechselkurs mit Gewalt niedrig halten, statt ihnen den Marktkräften zu überlassen. Seit Deutschland aber seinen Aufschwung vor allem der chinesischen Autonachfrage verdankt, ist das auch kein rechtes Thema mehr.

Was kaum jemand versteht oder verstehen will: Auch beim Währungssystem geht es in erster Linie um den Handel. Allerdings nicht um die Frage, wann welche Märkte geöffnet werden, sondern um die Frage, wie groß die Überschüsse und Defizite einzelner Länder im Handel werden dürfen, bevor das Währungssystem für einen Ausgleich sorgt. Ja, Ausgleich! Die zentrale Funktion eines Währungssystems ist es, dafür zu sorgen, dass die Ungleichgewichte im Handel zwischen den Nationen nicht zu groß werden und nicht von Dauer sind. Folglich müssen die Währungen von Ländern, die bei vergleichbaren Gütern niedrige Preise und damit eine hohe Wettbewerbsfähigkeit haben, aufwerten. Auf diese Weise werden die Wettbewerbsvorteile der besonders wettbewerbsfähigen Ländern wieder aufgehoben und es entstehen keine lang andauernden Überschüsse und Defizite.

Diese Regel ist sinnvoll und sogar der letzte Grund für den Freihandel, weil nur sie unmittelbar dafür sorgt, dass die Unternehmen auch im internationalen Zusammenhang in einen Wettbewerb um höhere Produktivität treten können, den wir uns doch vom Freihandel erhoffen. Die Regel verhindert dagegen, dass die Staaten direkt miteinander

konkurrieren. Auch das ist sinnvoll, weil Staaten – anders als Unternehmen – andere Staaten ja nicht verdrängen oder gar schlucken können und wollen. Jedenfalls hat noch kein vernünftiger Mensch gesagt, genau das sei das Ziel des Freihandels.

Betrachtet man im Lichte dessen die deutsche Wirtschaftspolitik, versteht man ohne weiteres die einsilbige Reaktion auf die Diskussion in der G 20. In Deutschland glauben immer noch fast alle, man könne noch hundert Jahre Überschüsse im Außenhandel haben; auch der Aufschwung des vergangenen Jahres und die Hoffnung für dieses Jahr sind zum größten Teil der erneuten Zunahme der Überschüsse geschuldet. Das ist jedoch falsch. Es können nicht einige Länder dauernd Überschüsse und die anderen dauernd Defizite haben.

Das geht, wie man in der Eurozone gerade sieht, weder mit noch ohne eigene Währung, weil die Defizitländer systematisch in Abhängigkeit der Überschussländer geraten und schließlich sogar ihre politische Autonomie verlieren. Die Sieger im Wettkampf der Nationen neigen nämlich dazu, die Bedingungen diktieren zu wollen, unter denen den Verlierern ein neuer Kredit gewährt wird. Das zerstört die Demokratie in den Defizitländern und am Ende den Freihandel überhaupt, weil mehr und mehr nationale oder gar nationalistische „Lösungen“ gewählt werden, um sich dem ausländischen Diktat zu entziehen.